Enquete-Kommission zum Thema Sterbehilfe


EGMR-Rechtssprechung. Aus Sicht der Menschenrechtskonvention sei die Regelung ausreichend und klar. Was die Diskussion über die Aufnahme des Sterbehilfe-Verbots in die Bundesverfassung betrifft, meinte Steiner, es handle sich um eine politische Frage. Aus Sicht des EGMR sei die einfachgesetzliche Regelung ausreichend.


Aubauer hierzu an.

Bei der Palliativbetreuung rede man nicht nur von wenigen Tagen, sondern oft von Wochen oder vielen Monaten, gab Harald Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Palliativgesellschaft, zu bedenken. Retschitzegger berichtete aus seiner Arbeitserfahrung, im Rahmen dieser er mit schwerkranken und sterbenden Menschen sowie deren Angehörige in Kontakt gekommen sei. In derartigen Situationen brauche es kompetente Betreuer, die einerseits informieren andererseits aber auch genau zuhören.

Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) will unter anderem die Frage "Was ist ein selbstbestimmtes Leben und was ein selbstbestimmtes sterben?" diskutiert wissen. Es gehe um sensible Fragen, die in den nächsten Monaten unter Einbindung von Experten besprochen werden sollen. Mit Blick zurück auf eine "düstere Vergangenheit" stellte sie fest, dass derartige Fragen nur in einer gefestigten Demokratie diskutiert werden können, und eine solche sei Österreich.

Caritas und Diakonie forderten einen Rechtsanspruch auf Hospiz- und Palliativbetreuung. Außerdem pochen sie auf eine einheitliche Finanzierung.


Landau forderte außerdem einen sicheren, einklagbaren Rechtsanspruch auf Hospiz- und Palliativbetreuung in all ihren Formen. Auch für ihn ist der bestehende österreichische Rechtsrahmen ein "brauchbares Regelwerk". Schon heute dürfe etwa niemand gegen seinen Willen behandelt werden.

Auch die Diakonie Österreich pocht auf einen einklagbaren Rechtsanspruch und ausreichende Finanzierung sowie den Ausbau der

Tötung auf Verlangen und die Beihilfe zum Suizid sollen verboten bleiben, betonte Chalupka. Worüber die Diakonie allerdings nachdenke wolle, sei ein "größerer Spielraum für Gewissensentscheidungen" bei der Frage der Beihilfe zum Suizid. Dies impliziere zum einen, dass assistierter Selbstmord "kein Rechtsanspruch sein kann, der sich an den Staat oder gar an Dritte richtet". Denn wären Dritte zur Suizidhilfe verpflichtet, hätten sie ja keinen Spielraum mehr für eine Gewissensentscheidung, so der Direktor.


Kompetente Schmerztherapie macht Euthanasie und assistierten Suizid entbehrlich, das erklärte die Österreichische Schmerzgesellschaft anlässlich der aktuellen Diskussion. Gewarnt wird davor, bei der Schmerzmedizin zu sparen, zumal das den Druck für Sterbehilfe verstärken würde.